

Wirtschaft fordert Übungsabbruch

Aktienrecht Die Reform liess Jahre auf sich warten. Kurz vor der Ziellinie setzt Economiesuisse nun aber zur Grätsche an: Der Dachverband hält die Vorlage für unrettbar.

Henry Habegger

«Ich bin überzeugt, dass das neue Aktien- und Rechnungslegungsrecht dazu beiträgt, dass es für Investoren noch attraktiver wird, ihr Geld in Schweizer Unternehmen «arbeiten» zu lassen.» Das sagte im Mai 2007 der damalige Justizminister Christoph Blocher, als der Bundesrat Anlauf nahm, das Aktienrecht zu revidieren. Über zehn Jahre später ist das immer noch nicht passiert. Die Blocher'sche Revision wurde sisiert, weil die vom Stimmvolk angenommene «Abzocker»-Initiative berücksichtigt werden musste.

Jetzt scheint das Ziel endlich in Sicht. Der Nationalrat hat die Revision im Herbst durchberaten. Wenn alles gut läuft, könnte sie schon in der nächsten Frühlingsession vom Parlament verabschiedet werden. Und gibt es kein Referendum, tritt das neue, modernisierte Gesetz schon bald in Kraft. Aber es läuft nicht gut. Heute Dienstag ist der Ständerat am Zug, und hier droht das Grounding der ganzen Revision. Jahrelange Arbeit von Bundesrat, Parlament, Verwaltung, Experten und Verbänden wären für die

Katz. Ausgerechnet der mächtige Wirtschaftsverband Economiesuisse verlangt Übungsabbruch. «Wir sind für Nichteintreten, weil es uns nicht möglich scheint, im parlamentarischen Prozess eine derart missratene Vorlage wieder auf Kurs zu bringen», sagt Erich Herzog, designerter Leiter Wettbewerb und Regulatorisches bei Economiesuisse. Herzog wird ungewöhnlich deutlich: «Die Rechtskommission des Ständerats hat die Vorlage aus unserer Sicht so stark verschlechtert, dass sie nicht mehr zu retten ist. Zu einer Reihe von sachfremden Änderungen der Ständeratskommission konnte vorher niemand Stellung nehmen. Der Zwang etwa, dass börsennotierte Unternehmen politische Spenden offenlegen müssen, gehört nicht ins Aktienrecht.»

Caroni will Totalschaden vermeiden

Als die Vorlage im Juni aus dem Nationalrat kam, zeigte sich Economiesuisse noch erfreut über die Aussicht, dass ein «seit Jahren bestehender Reformstau» aufgebrochen werde. Und jetzt der angebliche Totalschaden,



Andrea Caroni Bild: Keystone

angerichtet von der Rechtskommission unter Präsident Robert Cramer (Grüne, GE). Wie es dazu kam, ist nicht einfach zu ergründen. «Kommissionsgeheimnis», sagt stellvertretend FDP-Ständerat Andrea Caroni. Sicher ist, dass «Abzocker»-Initiativ Thomas Minder, der als einziges SVP-Mitglied in der Rechtskommission des Ständerats (RK-S) sitzt, in der Novembersitzung Erfolge auf der ganzen Linie verbuchen konnte. Auch SP-Vertreter fühlten sich beschenkt wie zu Weihnachten. Die RK-S baute eine Reihe von Regulierungen ein. Beispiele: Vergütungen von Geschäftsleitungsmitgliedern müssen individuell offengelegt werden. Entschädigungen

für Konkurrenzverbote sind in jedem Fall untersagt. Prospektive Boni-Abstimmungen sind verboten. Börsennotierte Unternehmen müssen politische Spenden ausweisen.

Mit 9 zu 2 Stimmen verabschiedete die solide bürgerlich besetzte RK-S (9 Mitglieder kommen aus FDP, CVP, SVP – dazu kommen 3 SP und 1 Grüner) ihr Werk, das für den Wirtschaftsverband der blanke Horror ist. Hinter vorgehaltener Hand sagen Beobachter, dass die bürgerlichen Kommissionsmitglieder schlecht vorbereitet waren und sich von Minder und den «Linken» über den Tisch ziehen liessen.

FDP-Ständerat Ruedi Noser beantragt, ganz im Sinn von Economiesuisse, Nichteintreten auf die Vorlage. Falls der Nationalrat sich dem anschliesst, oder der Ständerat am Nichteintreten festhält, ist die Vorlage endgültig vom Tisch. Diesen Totalschaden will FDP-Ständerat Caroni verhindern: Er beantragt Rückweisung an die Kommission, in der er selbst sitzt. Ziel ist natürlich, im Sinne der Wirtschaft nachzubessern. Caroni rechnet sich gute Chancen aus. Economiesuisse

sieht in der Rückweisung keine Lösung. «Eine Rückweisung an die Kommission macht keinen Sinn, weil sich wieder die gleiche Kommission mit der Vorlage befassen würde. Es bleibt aus unserer Sicht nichts anderes übrig, als das Ganze neu aufzusetzen. Zeitdruck besteht ja immerhin keiner», sagt Erich Herzog.

Will die Wirtschaft nur Zeit gewinnen?

Aber es gibt auch eine andere Variante. Der Ständerat könnte in der Detailberatung die Version seiner Rechtskommission übergehen und auf der Version des Nationalrats aufbauen. Gehe nicht, sagt Economiesuisse: «Hierzu müssten Dutzende von Anträgen gestellt werden, und dafür stellt sich niemand zur Verfügung», sagt Herzog.

Ob das wirklich nicht geht, ist allerdings umstritten. Gemäss einer Einschätzung aus der Verwaltung müssten nicht «Dutzende», sondern genau 13 Einzelanträge gestellt werden, um die Linie von Economiesuisse zu unterstützen. Denn in vielen Punkten gibt es ohnehin schon eine Differenz, so dass es zur Aus-

marchung kommt. Und die Mehrheit dieser Einzelanträge würde zudem vom Bundesrat unterstützt. Nur gegen drei der Einzelanträge müsste sich der Bundesrat stellen. Wenn es stimmt, dass die Vorlage ohne allzu grossen Aufwand zu retten ist: Warum will Economiesuisse sie dann total versenken? Eine Vermutung, die man im Bundeshaus hört: Es gehe dem Verband wohl darum, Zeit zu gewinnen bis nach der Volksabstimmung über die Steuer- und AHV-Vorlage (Staf) vom nächsten Mai. Sei diese dann erst einmal unter Dach und Fach, würden Steuerschlupflöcher in die Aktienrechtsrevision eingebaut. Das versuchte SVP-Nationalrat Thomas Aeschi bereits einmal. Ausfälle von 2,3 Milliarden wären die Folge gewesen.

Erich Herzog von Economiesuisse sagt: «Die These, dass wir Zeit gewinnen und nach der Abstimmung über die Staf Steueroptimierungsmöglichkeiten in die Aktienrevision einbauen wollen, ist absurd. Die Aktienrechtsrevision ist keine Steuervorlage. Von der These höre ich zum ersten Mal. Mit dem Antrag Aeschi hatten wir nichts zu tun.»

SRG reduziert ihr Aufgebot

Bundesratswahlen Die SRG hat am vergangenen Mittwoch mit deutlich weniger Personal über die Bundesratswahlen berichtet als im Vorjahr bei der Wahl von Ignazio Cassis. Damals standen 238 Personen im Einsatz.

Als die eidgenössische Bundesversammlung Viola Amherd und Karin Keller-Sutter in die Landesregierung wählte, bot die SRG neben den akkreditierten Bundeshausjournalisten 45 weitere Journalisten sowie 88 Techniker auf. Dies schreibt der Bundesrat in der Antwort auf eine Frage von Nationalrat Marcel Dettling (SVP, SZ). Die SRG verfügt über 50 akkreditierte Bundeshausjournalisten. SRG-Sprecher Edi Estermann präzisiert, es bedeute nicht, dass diese tatsächlich auch bei den Bundesratswahlen im Einsatz standen.

Bei der Wahl von Ignazio Cassis waren insgesamt 160 Techniker anwesend. Der Grossaufmarsch sorgte bei diversen Parlamentariern für Unmut. Manche frotzelten, sie würden dauernd über SRG-Kabel stolpern. Peter Schilliger (FDP, LU) stimmte im Nationalrat aus Trotz für die No-Billag-Initiative.

Das Volk lehnte die Initiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren im letzten Frühling mit mehr als 70 Prozent Nein-Stimmen ab. SRG-Direktor Gilles Marchand kündigte gleichwohl Sparmassnahmen im Umfang von 100 Millionen Franken an. Marcel Dettling glaubt denn auch, dass die Initiative dennoch bereits Wirkung entfaltet. «Die SRG hat über eine Doppelvakanz mit viel weniger Personal berichtet», sagt der SVP-Politiker. Obwohl fast nur halb so viele Techniker im Einsatz standen, habe die Qualität nicht gelitten. Gekostet hat die Übertragung am vergangenen Mittwoch einen hohen fünfstelligen Betrag. (kš)

Rat versenkt Abgabe für Flugtickets

Klimapolitik Der Nationalrat verschont die Fluggäste, will aber Importeure fossiler Brennstoffe stärker zur Kasse bitten. Der Benzinpreis darf maximal um 8 Rappen steigen.

Die Flugticketabgabe lehnte der Rat mit 93 zu 88 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Er folgte damit der Mehrheit seiner Kommission und dem Bundesrat. Gegen eine Abgabe hatten sich SVP und FDP gestellt, die CVP war gespalten. Zur Diskussion standen Abgaben zwischen 12 und 30 Franken für Flüge in EU-Länder sowie zwischen 30 und 50 Franken für Flüge in andere Länder. Die Höhe sollte von der Flugdistanz und der Anzahl der beförderten Passagiere abhängen. Die Gegner befanden, das Fliegen dürfe nicht zu einem Privileg für Reiche werden. Sie warnten davor, dass Passagiere auf andere Flughäfen ausweichen würden. Auch Umweltministerin Doris Leuthard befand, eine Abgabe auf Flugtickets sei nicht zielführend.

Die Befürworter argumentierten, der Flugverkehr dürfe nicht verschont werden. Die Fliegerei trage wesentlich zum Ausstoss von Treibhausgasen bei. Karl Vogler (CSP/OW) wies darauf hin, dass sämtliche Nachbarländer mit Ausnahme von Liechtenstein und viele weitere Länder eine solche Abgabe erhöhen. Dass die Passagiere auf andere Flughäfen ausweichen würden, sei ausgeschlossen.

«Denken Sie an die Gelbwesten»

Der Nationalrat entschied zudem über Massnahmen im Strassenverkehr. Die Hersteller und Importeure fossiler Treibstoffe sind seit 2013 verpflichtet, einen zunehmenden Anteil der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr zu kompensieren. Bisher war dieses Instrument auf die Kompensation im Inland ausgerichtet. Ab 2020 soll die zu kompensierende Emis-



«Klimaengel» warben gestern vor dem Bundeshaus für eine Flugticketabgabe. Bild: Peter Schneider/Keystone

sionsmenge erhöht werden. Im Gegenzug könnten auch im Ausland erbrachte Reduktionsleistungen angerechnet werden. Der Anteil der CO₂-Emissionen, der kompensiert werden muss, kann bis auf 90 Prozent erhöht werden. Nach dem Willen des Bundesrates sollen mindestens 15 Prozent in der Schweiz kompensiert werden, der Nationalrat will den Inlandanteil bis 2030 allmählich auf 20 Prozent ansteigen lassen. Die Massnahme verteuert die Treibstoffe. Der Nationalrat will nun den Kostenzuschlag deckeln, und zwar bei 8 Rappen pro Liter. Dies vor allem aus politischen Gründen: Ohne Deckelung werde es in einer möglichen Referendumsabstimmung schwierig, hiess es im Rat. Christian Imark (SVP/SO) warnte davor, das Fuder zu überladen. Wenn das Benzin zu teuer werde, sei mit einem Nein des Stimmvolkes zu rechnen. «Denken Sie an die Gelbwesten in Frankreich», sagte er.

Ablehnung angedroht

Heute wird der Rat das CO₂-Gesetz zu Ende beraten. Die Ratslinie und auch die Mitteparteien zeigten sich enttäuscht von den bisherigen Entscheiden. Die GLP und die BDP kündigten an, das Gesetz abzulehnen, wenn der eingeschlagene Weg nicht noch korrigiert werde. Der Sprecher der SP sagte, es werde sicher Nein-Stimmen aus der SP-Fraktion geben in der Gesamtabstimmung, aber man wolle die Ergebnisse der Beratungen in beiden Räten abwarten. Die SVP hatte gar nicht erst auf die Vorlage eintreten wollen. Ob sie nach den Entscheiden das Rates das Gesetz annimmt, ist offen. (sda)